

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12.-15. November 2018

[08-11-2018 - 19:23]

Langfristiger EU-Haushalt: Parlament setzt Prioritäten in konkrete Zahlen um . . .	3
Die Abgeordneten werden am Mittwoch ihre Verhandlungsposition zum nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 festlegen, inklusive Euro-Beträge für jedes EU-Programm.	
Plenardebatte mit Angela Merkel über die Zukunft Europas	4
Bundeskanzlerin Angela Merkel wird am Dienstag ab 15 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.	
Aktualisierung der Rechte von Bahnreisenden	5
Das Parlament stimmt am Donnerstag über Vorschläge ab, mit denen die Regeln über die Rechte der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr aktualisiert werden.	
Auslandstelefonate innerhalb der EU sollen ab 2019 günstiger werden	6
Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über neue Vorschriften zur Deckelung der Preise für Telefonate ins EU-Ausland, für ein schnelles 5G-Netzwerk sowie für ein Notfall-Warnsystem ab.	
Verleihung des Lux-Filmpreises 2018	7
EP-Präsident Antonio Tajani wird am Mittwoch im Plenum den Gewinner des Lux-Filmpreises 2018 bekanntgeben.	
Abgeordnete für ehrgeizige Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz	8
Im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel wird das EP am Dienstag über bindende Ziele bis 2030 für erneuerbare Energien (32%) und Energieeffizienz (32,5%) 2030 abstimmen.	
Abgeordnete wollen EU-Waffenausfuhrkontrollen verschärfen	9
Die Abgeordneten stimmen am Mittwoch über eine Verstärkung der Kontrollen von Waffenexporten ab. EU-Länder sollen bestraft werden, wenn sie die gemeinsamen EU-Vorschriften nicht anwenden.	
Abgeordnete fordern EU-Regeln zum Schutz von Minderheiten	10
Das Parlament will EU-weite Regeln für den Schutz von Minderheiten sowie Maßnahmen gegen EU-Länder fordern, die diskriminierende Praktiken anwenden.	
Weltweite Strategie für Migration: Debatte über Rolle von EU-Ländern	11
Die Abgeordneten werden am Dienstag die Bemühungen um eine gemeinsame weltweite Strategie zur Steuerung der Migrationsströme und die Rolle der EU-Länder bei dieser UN-Initiative erörtern.	
Weitere Tagesordnungspunkte	12
Weitere Themen auf der Tagesordnung	



Armin WISDORFF

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: armin.wisdorff@europarl.europa.eu
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

ROLE: Press Officer/Plenary Editorial Coordinator
BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

ROLE: Press officer in Germany
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196
EMAIL: judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

ROLE: Press officer in Austria
STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126
EMAIL: huberta.heinzel@ep.europa.eu

</news/de/agenda/briefing/2018-11-12>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [Podcasts des Wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Langfristiger EU-Haushalt: Parlament setzt Prioritäten in konkrete Zahlen um

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ihre Verhandlungsposition zum nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 festlegen, inklusive Euro-Beträge für jedes EU-Programm.

Für den nächsten [mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027](#) (MFR) wird sich das Parlament voraussichtlich für mehr Mittel für Jugend, Forschung, Wachstum und Beschäftigung sowie für die Bekämpfung des Klimawandels einsetzen. Neue Herausforderungen wie Migration, Verteidigung und Sicherheit sollten mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden, während die seit langem bestehenden Agrar- und Kohäsionspolitiken nicht gekürzt werden sollten. Außerdem sollten neue Quellen direkter Einnahmen teilweise die von den Steuerzahlern finanzierten Beiträge ersetzen.

Weitere Informationen finden Sie in der [kürzlich veröffentlichten Pressemitteilung](#) zur Abstimmung im Haushaltsausschuss (05.11.2018, auf Englisch).

Die genauen Zahlen, die dem Plenum am Mittwoch zur Bestätigung vorgelegt werden, finden Sie im [Entschließungsentwurf](#).

Die nächsten Schritte

Nach der Abstimmung im Plenum am 14. November ist das Parlament verhandlungsbereit, und die Gespräche können beginnen, sobald sich der Rat auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt hat. Die Annahme einer neuen MFR-Verordnung bedarf der Zustimmung des Parlaments.

Die Abgeordneten erwarten, dass „noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 eine gute Einigung erzielt wird, damit es bei der Einführung der neuen Programme keine [schwerwiegenden Rückschläge](#) aufgrund der verspäteten Annahme des Finanzrahmens gibt, wie sie in der Vergangenheit zu verzeichnen waren.“

Hintergrundinformationen

Rund 94% des EU-Haushalts gehen an die Bürger, Regionen, Städte, Landwirte und Unternehmen. Die Verwaltungsausgaben der EU machen etwa 6% der Gesamtausgaben aus.

Pressekonferenz: Mittwoch, den 14. November um 16:00 Uhr

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf](#):
- [EP-Hintergrundinformationen: „Multiannual financial framework 2021-2027 - Interim report on the Commission proposals“](#) (auf Englisch)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(05.11.2018\)](#)
- [MFF Q&A](#)
- [EU-Haushalt auf einen Blick: Länderspezifische Aufschlüsselung](#)
- [Berichterstatter Jan Olbrycht \(EPP, PL\)](#)
- [Berichterstatterin Isabelle Thomas \(S&D, FR\)](#)
- [Berichterstatter Gérard Deprez \(ALDE, BE\)](#)
- [Berichterstatter Janusz Lewandowski \(EPP, PL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit Angela Merkel über die Zukunft Europas

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird am Dienstag ab 15 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

An der Aussprache wird auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teilnehmen.

Dies ist die zwölfte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas.

Vorherige Teilnehmer:

Irland: Premier Leo Varadkar, 17. Januar 2018,

Kroatien: Premier Andrej Plenkovic, 6. Februar 2018,

Portugal: Premier António Costa, 14. März 2018,

Frankreich: Präsident Emmanuel Macron,, 17. April 2018,

Belgien: Premier Charles Michel, Mai 2018,

Luxemburg: Premier Xavier Bettel, 30. Mai 2018,

Niederlande: Premier Mark Rutte, 13. Juni 2018,

Polen: Premier Mateusz Morawiecki, 4. Juli 2018,

Griechenland: Premier Alexis Tsipras, 11. September 2018,

Estland: Premier Jüri Ratas, 3. Oktober 2018.

Rumänien: Präsident Klaus Iohannis, 23. Oktober 2018

Dänemarks Premierminister Lars Løkke Rasmussen wird die Debattenreihe am 28. November fortführen.

Debatte: Dienstag, den 13. November

Verfahren: Debatte ohne EntschlieÙung

Weitere Informationen

- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Webseite der Bundeskanzlerin](#)

Aktualisierung der Rechte von Bahnreisenden

Das Parlament stimmt am Donnerstag über Vorschläge ab, mit denen die Regeln über die Rechte der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr aktualisiert werden.

Die Änderungen zu den seit 2009 geltenden [Regeln](#) betreffen u.a.: Bessere Informationen für Reisende über ihre Rechte; bessere Hilfe für Menschen mit eingeschränkter Mobilität; klarere Verfahren bei Beschwerden; höhere Entschädigung bei Verspätungen.

Debatte: Mittwoch, den 14. November

Abstimmung: Donnerstag, den 15. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), 1. Lesung

Pressekonferenz: 14.30 Uhr am Mittwoch, 14. November, mit Berichterstatter Boguslaw Liberadzki (S&D, PL)

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(09.10.2018\)](#)
- [Berichterstatter Boguslaw Liberadzki \(S&D, PL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Rail passengers' rights and obligations in the EU“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Auslandstelefonate innerhalb der EU sollen ab 2019 günstiger werden

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über neue Vorschriften zur Deckelung der Preise für Telefonate ins EU-Ausland, für ein schnelles 5G-Netzwerk sowie für ein Notfall-Warnsystem ab.

Die neue Gesetzgebung legt die Preise für Telefonate innerhalb der EU auf höchstens 19 Cent pro Minute und 6 Cent für SMS fest, geltend ab 15. Mai 2019. Auch die Nutzer von Smartphones werden besser geschützt, darunter auch die Nutzer von web-basierten Diensten wie Skype oder WhatsApp. Zudem müssen die Mitgliedstaaten den Ausbau von 5G-Netzwerken vorantreiben.

Ein "umgekehrtes 112" Notrufsystem wird verpflichtend in allen Mitgliedstaaten. Mit einem solchen System soll sichergestellt werden, dass jeder im Falle eines großen Notfalls oder einer regionalen Katastrophe per SMS oder einer mobilen App gewarnt wird.

Debatte: Mittwoch, den 14. November

Abstimmung: Mittwoch, den 14. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren),

Pressekonferenz: Mittwoch, den 14. November um 11:00 Uhr (noch nicht bestätigt)

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation \(Neufassung\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen – „The new European electronic communications code“ \(auf Englisch\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Telecom code](#)
- [Pressemitteilung nach der Einigung mit dem Rat \(06.06.2018\)](#)
- [Studie der EU-Kommission](#)
- [Berichterstatterin Pilar del Castillo Vera \(EVP, ES\)](#)
- [Berichterstatterin Dita Charanzová \(ALDE, CZ\)](#)
- [Berichtsentwurf zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation \(GEREK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - BEREC](#)
- [Berichterstatter Evžen TOŠENOVSKÝ](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Verleihung des Lux-Filmpreises 2018

EP-Präsident Antonio Tajani wird am Mittwoch im Plenum den Gewinner des Lux-Filmpreises 2018 bekanntgeben.

Die drei diesjährigen Finalisten sind folgende Filme: „[The Other Side of Everything](#)“ von Mila Turajlic (Serbien/Frankreich/Katar), „[Woman at War](#)“ von Benedikt Erlingsson (Island/Frankreich/Ukraine) und „[Styx](#)“ von Wolfgang Fischer (Deutschland/Österreich).

Das Europäische Parlament übernimmt die Kosten für die Untertitelung dieser drei Filme in alle 24 offiziellen EU-Sprachen und produziert sie für jeden Mitgliedstaat als digitales Kinopaket (DCP). Der siegreiche Film wird für Seh- und Hörgeschädigte adaptiert und international beworben. Der Gewinner wird von den Abgeordneten gewählt.

Eine Pressekonferenz von EP-Vizepräsidentin Evelyne Gebhardt (S&D, DE) und den Regisseuren der drei Filme findet am Mittwoch, den 14. November um 15 Uhr statt.

Mit dem Lux-Filmpreis soll das europäische Kino gefördert werden, indem die Verbreitung europäischer Produktionen unterstützt wird. Ebenso soll eine europaweite Debatte zu großen politischen und gesellschaftlichen Fragen angestoßen werden. Der Preis wurde erstmals 2007 vergeben.

Preisverleihung: Mittwoch, den 14. November um 12 Uhr

Verfahren: Preisverleihung

Pressekonferenz am Mittwoch, den 14. November um 15 Uhr mit EP-Vizepräsidentin Evelyne Gebhardt (S&D, DE), CULT Ausschuss Vorsitzende Petra Kammerevert (S&D, DE) und den Regisseuren der drei Filme.

Für Interviews mit den Schauspielern, Regisseuren und Produzenten am Dienstag oder Mittwoch kontaktieren Sie bitte gleichzeitig:

eulalia.martinezdealosmoner@europarl.europa.eu

und

dgcomm-seminarsMSMU@europarl.europa.eu

Weitere Informationen

- [Webseite zum Lux-Filmpreis](#)
- [The Other Side of Everything“ from Mila Turajlic](#)
- [Woman at War by Benedikt Erlingsson \(Iceland/France/Ukraine\)](#)
- [Styx by Wolfgang Fischer \(Germany/Austria\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Abgeordnete für ehrgeizige Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel wird das EP am Dienstag über bindende Ziele bis 2030 für erneuerbare Energien (32%) und Energieeffizienz (32,5%) 2030 abstimmen.

Zusätzlich zur Festlegung bindender Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien gibt die neue Gesetzgebung den EU-Bürgern das Recht, erneuerbare Energien für den Eigengebrauch zu erzeugen sowie zu viel produzierte Energie zu speichern und zu verkaufen.

Darüber hinaus wird eine neue Governance-Struktur für die Energie-Union geschaffen und auch das stufenweise Auslaufen bestimmter pflanzlicher Biokraftstoffe vorgeschrieben, um zu Biokraftstoffen der zweiten Generation überzugehen.

Debatte: Montag, den 12. November

Abstimmung: Dienstag, den 13. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Dienstag, den 13. November um 14:00 Uhr (noch nicht bestätigt)

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Energieeffizienz](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat](#)

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Energieeffizienz](#)
- [EP-Hintergrundinformationen „Revised Energy Efficiency Directive“ \(auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatter \(Energieeffizienz\) Miroslav Poche \(S&D, CZ\)](#)
- [Berichtsentwurf zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen \(Neufassung\)](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat](#)

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen](#)
- [EP-Hintergrundinformationen „Promoting renewable energy sources in the EU after 2020“ \(auf Englisch\)](#)

- [Berichterstatter \(erneuerbare Energien\) José Blanco López \(S&D, ES\)](#)

- [Berichtsentwurf über über das Governance-System der Energieunion](#)

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Governance-System der Energieunion](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Governance of the energy union“ \(auf Englisch\)](#)

- [Berichterstatter \(Energieunion\) Jakop Dalunde \(Grüne/EFA, SV\)](#)

- [Berichterstatter \(Energieunion\) Michèle Rivasi \(Grüne/EFA, FR\)](#)

- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Abgeordnete wollen EU-Waffenausfuhrkontrollen verschärfen

Die Abgeordneten stimmen am Mittwoch über eine Verstärkung der Kontrollen von Waffenexporten ab. EU-Länder sollen bestraft werden, wenn sie die gemeinsamen EU-Vorschriften nicht anwenden.

Die Abgeordneten fordern, dass EU-Mitglieder, die die gemeinsam vereinbarten [EU-Vorschriften zur Kontrolle von Waffenexporten](#) nicht anwenden, bestraft werden.

Die Politik der EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Ausfuhr von Waffen in bestimmte Länder weist Unterschiede auf, trotz der gemeinsamen Regelung, die keine Sanktionen vorsieht.

In einigen Fällen wurden in bestimmte Länder ausgeführte Waffen, beispielsweise nach Saudi-Arabien, verwendet, um Konflikte zu schüren, die gegen die Gemeinsamen Standpunkte der EU verstoßen und somit die gesamte europäische Rüstungskontrolle untergraben.

Hintergrundinformationen

Die 28 Mitgliedstaaten der EU zusammengenommen sind nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant der Welt. Im Jahr 2016 gingen 40,5% der Waffenexporte in Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas.

Einige Länder wie Deutschland und die Niederlande haben den Verkauf von Waffen an Saudi-Arabien und an andere Mitglieder der von diesem Land geführten Koalition im Jemen wegen der Militäraktionen dort eingestellt.

Debatte: Dienstag, den 13. November

Abstimmung: Mittwoch, den 14. November

Verfahren: Nichtlegislative Resolution

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(09.10.2018\)](#)
- [Berichterstatterin Sabine Lösing \(GUE/NGL, DE\)](#)
- [Gemeinsamer EU-Standpunkt zur Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „The further development of the Common Position 944/2008/CFSP on arms exports control“ \(auf Englisch\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Abgeordnete fordern EU-Regeln zum Schutz von Minderheiten

Das Parlament will EU-weite Regeln für den Schutz von Minderheiten sowie Maßnahmen gegen EU-Länder fordern, die diskriminierende Praktiken anwenden.

Die Entschließung, über die am Dienstag abgestimmt wird, fordert die EU-Kommission auf, mit der Arbeit an einer Richtlinie zu Mindeststandards für Minderheiten in der EU zu beginnen. Diese soll Richtgrößen und Maßnahmen beinhalten, um Mitgliedstaaten davon abzuhalten, Minderheiten zu diskriminieren. Die Entschließung empfiehlt der EU zudem, die Definition von Minderheiten zu übernehmen, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben ist.

In dem Textentwurf bringen die Abgeordneten auch ihre Sorge über die Zahl staatenloser Roma und deren häufigen Ausgrenzung zum Ausdruck. Sie fordern die EU-Mitgliedsländer auf, Maßnahmen gegen Staatenlosigkeit zu ergreifen und sicherzustellen, dass für Roma die grundlegenden Menschenrechte gelten.

Debatte: Montag, 12. November

Abstimmung: Dienstag, 13. November

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(10.10.2018\)](#)
- [Entschließungsentwurf](#)
- [Berichtersteller József Nagy \(EVP, SK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Weltweite Strategie für Migration: Debatte über Rolle von EU-Ländern

Die Abgeordneten werden am Dienstag die Bemühungen um eine gemeinsame weltweite Strategie zur Steuerung der Migrationsströme und die Rolle der EU-Länder bei dieser UN-Initiative erörtern.

Die österreichische Regierung hat kürzlich beschlossen, aus dem globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration auszusteigen, nachdem Ungarn eine ähnliche Ankündigung gemacht hatte. Auch die Tschechische Republik und Polen prüfen ihr Engagement. Der globale Pakt für Migration, der nicht verbindlich ist, wird nächsten Monat in Marokko unterzeichnet.

Hintergrundinformationen

Die von der UN-Generalversammlung im September 2016 verabschiedete [New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten](#) markierte den Beginn multilateraler Verhandlungen über die Annahme zweier globaler Abkommen über Flüchtlinge und über Migranten und für eine sichere, geordnete und reguläre Migration.

In dieser Erklärung vom 19. September 2016 riefen sämtliche 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu auf, die Last und die Verantwortung für die Beherbergung und Unterstützung der Flüchtlinge ausgewogener zu teilen. Der globale Pakt für Migration will sicherstellen, dass Migranten in gefährdeten Situationen angemessen und mit dauerhaften Lösungen behandelt werden, wobei gleichzeitig die mit der Migration verbundenen Risiken und Herausforderungen in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern angegangen werden.

Debatte: Dienstag, den 13. November

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission

Weitere Informationen

- [Entschließung zu dem Fortschritt bei den globalen Pakten der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und für Flüchtlinge \(18.04.2018\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge - *Bericht: Bas Eickhout, Debatte und Abstimmung Mittwoch*
- Ansprache des Präsidenten der Republik Südafrika Cyril Ramaphosa, *Mittwoch*
- Rechtsstaatlichkeit in Rumänien – *Entschließungsanträge, Debatten Dienstag und Mittwoch, Abstimmungen Dienstag und Mittwoch*
- Stärkung der Wettbewerbsbehörden zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts - *Bericht: Andreas Schwab, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Mehrjahresplan für kleine pelagische Bestände im Adriatischen Meer und für die Fischereien, die diese Bestände befischen - *Bericht: Ruža Tomašić, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Lettland - *Bericht: Inese Vaidere, Abstimmung Dienstag*
- EU-Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau und Georgien, *Debatten Dienstag, Abstimmungen Mittwoch*
- Reaktionen auf die mittelamerikanischen Migranten an der Grenze zu Mexiko, *Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Mittwoch*
- US-Sanktionen gegen Iran: Auswirkungen auf EU-Unternehmen, *Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Mittwoch*
- Visa aus humanitären Gründen - *Bericht: Juan Fernando López Aguilar, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Rolle des deutschen Jugendamts bei grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten, *parlamentarische Anfrage, Debatte Donnerstag, Abstimmung November II*
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegen den Einfluss ausländischer Akteure auf die bevorstehenden Europawahlen, *Aussprache über ein aktuelles Thema, Wed*
- Regulierung virtueller Währungen, *parlamentarische Anfrage, Debatte Dienstag*
- Überschwemmungen in Europa, *Debatte Montag*
- Persistente organische Schadstoffe - *Bericht: Julie Girling (COD), debate Wed, vote Thu*
- Betreuungsangebote in der EU zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter - *Bericht: Sirpa Pietikäinen, INI, Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Der Fall Asia Bibi und die Situation religiöser Minderheiten in Pakistan, *Debatte Mittwoch, Erklärung der EU-Außenbeauftragten*
- Borreliose (Lyme-Krankheit) - *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte und Abstimmung Donnerstag*